

REGIERUNGSERKLÄRUNG DER CDU-VORSITZENDEN ZUR INTERNATIONALEN AFGHANISTAN-KONFERENZ

BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL,
AM 27. JANUAR 2010 IM DEUTSCHEN BUNDESTAG (AUSZÜGE)

Ende 2001 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, deutsche Soldaten im Rahmen des internationalen NATO-Einsatzes auf der Grundlage einer Resolution des UN-Sicherheitsrates nach Afghanistan zu entsenden. Das war eine der schwierigsten Entscheidungen, die die damalige Bundesregierung und der Deutsche Bundestag im ganzen letzten Jahrzehnt zu treffen hatten. Mitgetragen haben diese Entscheidung am Ende die allermeisten in diesem Hohen Haus, und zwar bis heute. Dafür danke ich Ihnen im Namen der Bundesregierung und unserer Soldaten ganz herzlich.

Nach den Anschlägen des 11. September galt es mitzuhelfen, dem internationalen Terrorismus die Rückkehr an seine wichtigste Heimstatt zu verwehren. Es galt mitzuhelfen, Afghanistan den Weg zurück zu Frieden und Stabilität zu öffnen. Dieser Auftrag hat an seiner Bedeutung und seiner Gültigkeit nichts verloren. Dennoch: Heute, gut acht Jahre später, ist die Bilanz dieses Einsatzes gemischt.

Die internationale Staatengemeinschaft hat das Ziel ihres Einsatzes noch nicht erreicht. Deshalb müssen wir handeln. **Frankreich, Großbritannien und Deutschland** haben dazu im September letzten Jahres die Initiative ergriffen und eine internationale Afghanistan-Konferenz angestoßen. Sie findet morgen in London statt. Dort wird die internationale Staatengemeinschaft beraten, wie die Aufgabe, in Afghanistan für Sicherheit und Stabilität zu sorgen, in den nächsten Jahren Schritt für Schritt in die Hände der Afghanen gelegt werden kann. Es geht also um eine Weichenstellung, die über Erfolg oder Misserfolg des Einsatzes in Afghanistan entscheiden wird. Es geht um die **Entwicklung einer internationalen Strategie zur Übergabe in Verantwortung**. Daran müssen wir alles ausrichten: die Zahl der Soldaten und Ausbilder, die Grundsätze des Einsatzes, die regionalen Zuständigkeiten. In diesem Sinne hat die Bundesregierung ein Paket für eine Weiterentwicklung unseres Afghanistan-Einsatzes geschnürt. Es umfasst fünf Punkte:

Erstens: Wir werden die **Ausbildung der afghanischen Armee** stark forcieren. Sie wird nicht nur wie bisher in den Camps erfolgen; in Zukunft sollen unsere Soldaten gemeinsam mit ihren afghanischen Kameraden für den Schutz der Bevölkerung in der Nordregion sorgen. Dazu wollen wir 500 Soldaten zusätzlich nach Afghanistan entsenden. Durch Umschichtung der Aufgaben im bestehenden Kontingent und durch die zusätzlichen Soldaten können statt heute 280 in Zukunft 1.400 Soldaten in die Ausbildung mit einbezogen werden. Das

Kommando in der Region Nord soll auch in Zukunft von Deutschland geführt werden. Weitere 350 Soldaten werden als flexibel eingesetzte Reserve benötigt, insbesondere um auf besondere Situationen, zum Beispiel bei der Absicherung der Parlamentswahlen im Herbst, angemessen reagieren zu können.

Zweitens: Wir werden die Zahl der **deutschen Polizeiausbilder** in unserem bilateralen Projekt in diesem Jahr von 123 auf 200 erhöhen. Damit können wir bis 2012 etwa ein Drittel der neuen Kräfte ausbilden, die laut Aufwuchsplan in die afghanische Polizei aufgenommen werden sollen. Darüber hinaus werden wir auch unseren Beitrag zur Europäischen Polizeimission EUPOL kurzfristig von 45 auf 60 Polizeixperten erhöhen. Von 2002 bis 2009 haben wir bereits ca. 30.000 von insgesamt 97.000 afghanische Polizisten aus- und fortgebildet.

Drittens: Die Bundesregierung plant eine **Entwicklungsoffensive** mit einem Schwerpunkt in unserem Verantwortungsbereich im Norden Afghanistans. Unser finanzielles Engagement dazu wird nahezu verdoppelt. Bis 2013 werden wir jährlich statt heute 220 Millionen Euro 430 Millionen Euro in den zivilen Wiederaufbau investieren.

Damit wollen wir zum Beispiel für 3 Millionen Menschen mehr Einkommen und Beschäftigung schaffen. Das sind drei Viertel der Bevölkerung in den Schwerpunktprovinzen unseres Verantwortungsbereichs. Wir werden mit diesen Mitteln 700 Kilometer Straßen bauen. Wir werden neue Lehrer ausbilden und so zusätzlich 500 000 Schülern einen Schulbesuch ermöglichen.

Viertens: Deutschland beabsichtigt, für den neuen **internationalen Reintegrationsfonds** jährlich 10 Millionen Euro für die kommenden fünf Jahre, also insgesamt 50 Millionen Euro, zur Verfügung zu stellen. Wenn es uns gelingt, mit einem solchen Integrationsfonds mehr Kräfte in Afghanistan zu erreichen, die die Verfassung als Grundlage des politischen Handelns akzeptieren, und regierungsfeindliche Kämpfer zu motivieren, die Waffen niederzulegen und die Gesetze zu respektieren, können wir auf diesem Wege Anreize geben, damit diese Menschen am Aufbau des Landes mitwirken.

Fünftens: In London müssen konkrete Ziele vereinbart werden, damit wir gemeinsam mit der afghanischen Regierung präzise überprüfen können, wie weit wir auf dem Weg zu Sicherheit und Stabilität vorangekommen sind. Dazu gehört vor allem eine klare Verabredung, welchen Umfang die **afghanischen Sicherheitskräfte** in den Jahren 2010 und 2011 erreichen sollen. Wir gehen von insgesamt gut 300.000 Sicherheitskräften aus; das ist die Summe aus Soldaten und Polizisten.

Zugleich muss die **afghanische Regierung** einen glaubwürdigen Entwicklungsplan vorlegen und Bereitschaft zu strukturellen Reformen erkennen lassen, um gute Regierungsführung auch auf zentraler und lokaler Ebene zu stärken. Wir haben keine Illusionen hinsichtlich bestimmter Demokratievorstellungen nach unseren Kriterien. Dennoch müssen wir Mindestanforderungen an die Effizienz und die Legitimität der Institutionen stellen. Korruption muss wirksamer bekämpft werden. Wahlen müssen nach demokratischen Standards ablaufen. Drogenanbau muss intensiver bekämpft werden, und regierungsfeindliche Kräfte dürfen keinen weiteren Unterschlupf außerhalb Afghanistans finden.

Um das zuletzt Genannte zu erreichen, muss der Dialog zwischen Afghanistan und den Partnerländern dringend intensiviert werden. Ohne eine verbesserte regionale Kooperation, insbesondere zwischen Afghanistan und Pakistan, wird es in Afghanistan keinen Frieden geben.

Die fünf Punkte zeigen das Leitmotiv unseres Handelns: Ohne Sicherheit kann es nicht gehen; aber dauerhaft stabilisieren kann Afghanistan nur eine politische Strategie. Ziviler Aufbau und Entwicklung, militärische Ausbildung und Schutz der Bevölkerung geht für uns Hand in Hand. Unser Konzept ist eng mit unseren wichtigsten Partnern abgestimmt. Die Londoner Konferenz ist weder eine Geber- noch eine Truppenstellerkonferenz, sondern eine **Strategiekonferenz**. Ihr Ziel ist es, gemeinsam mit den afghanischen Autoritäten die Voraussetzungen für die Übergabe in Verantwortung zu schaffen. Wenn die Umsetzung dieser Strategie gelingt, strebt Deutschland an, die Übergabe in Verantwortung in einzelnen Distrikten in Nordafghanistan bereits im ersten Halbjahr 2011 einzuleiten. Dann können ab diesem Zeitpunkt gegebenenfalls auch der Gesamtumfang unserer Truppen und die Mandatsobergrenze gesenkt werden.

Wir unterstützen das Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 die Verantwortung für die Sicherheit zu übernehmen. Aber ein **endgültiges Abzugsdatum** nenne ich nicht. Wer möchte, dass der Einsatz in Afghanistan in absehbarer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden kann, der darf dem Impuls, ein solches Abzugsdatum zu nennen, nicht nachgeben.

Ich weiß, dass die Erhöhung der Zahl der Soldaten von niemandem mit leichtem Herzen beschlossen werden kann. Ich weiß, dass wir sie in einen gefährlichen Einsatz schicken. Deshalb sind wir es den Soldaten, den Polizisten, den zivilen Aufbauhelfern und der Öffentlichkeit schuldig, ehrlich Rechenschaft abzulegen über das, was erreicht wurde, und über das, was nicht erreicht wurde.

Der Einsatz dauert länger und ist schwieriger, als wir zu Beginn gedacht haben. Der Einsatz fordert Menschenleben bei unseren Soldaten, Polizisten, zivilen Helfern und in der afghanischen Bevölkerung. Es gibt Menschen, die auch infolge deutschen Handelns ihr Leben verloren haben oder verletzt wurden, wie beim Luftschlag von Kunduz am 4. September des vergangenen Jahres. Die Bundesregierung bedauert dies zutiefst. Die Bundesregierung trauert um jedes unschuldige Opfer.

Es herrscht immer noch kein Frieden. Unsere Soldaten erleben vor Ort, was es bedeutet, wenn wir von kriegsähnlichen Zuständen sprechen. Das sollten wir in keiner Sekunde vergessen. Wir müssen uns der Größe der Aufgabe bewusst sein. Doch sollte uns die Größe dieser Aufgabe entmutigen? Sollte sie etwas daran ändern, dem internationalen Terrorismus entschlossen entgegenzutreten und alles zu tun, um einen neuen 11. September, ein neues Madrid, ein neues London zu verhindern? Ich sage ganz klar: Nein. Die Aufgabe war 2001 richtig, und sie ist es heute genauso.

Manche meinen, Afghanistan sei weit weg, getrennt von uns durch andere Kulturkreise. Das mag so sein, aber was auf dem Spiel steht, ist gar nicht weit weg. Wir dürfen nie die Umstände vergessen, die alle Bundesregierungen seit Ende 2001 bis heute zum Afghanistan-Einsatz bewogen haben: dass das von Taliban und al-Qaida beherrschte Afghanistan die Brutstätte des Terrors vom 11. September 2001 war. Ihm folgten weitere Anschläge. Deshalb

galt damals und gilt heute: Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des internationalen NATO-Einsatzes war und ist in dringendem Interesse der Sicherheit unseres Landes.

Eine Haltung nach dem Motto „Sollen doch die anderen, die Amerikaner, die Engländer, die Kohlen aus dem Feuer holen“ ist unverantwortbar. Deshalb wird es in meiner Regierungsverantwortung einen deutschen Alleingang niemals geben. Wir haben diesen Einsatz gemeinsam beschlossen und wir werden ihn mit überarbeiteter Strategie gemeinsam fortsetzen. Wir wollen alles daransetzen, ihn gemeinsam zum Erfolg zu führen. Deswegen wäre ein einseitiger Abzug der Bundeswehr kein Beitrag zur Übergabe in Verantwortung, sondern ein Beispiel für Aufgabe in Verantwortungslosigkeit.

Das gilt umso mehr, als auch Fortschritte zu verzeichnen sind: Gingen 2001 nur 1 Million Kinder von insgesamt rund 10 Millionen afghanischen Kindern zur Schule, davon kein einziges Mädchen, so waren es 2009 schon 7 Millionen Kinder, davon ein gutes Drittel Mädchen. Die Kindersterblichkeit ist um 50 Prozent gesunken. Oder die legale Wirtschaft: Der IWF hat in 2009 ein Wachstum von mehr als 15 Prozent festgestellt. Alle Provinzen in Nordafghanistan sind inzwischen über gut ausgebaute Straßen mit Kabul und den Nachbarstaaten verbunden; 900.000 Menschen im Norden haben oft zum ersten Mal Zugang zu Strom und Wasser.

Die internationale Staatengemeinschaft hat eine Bewährungsprobe zu bestehen. Die Verteidigung der Menschenrechte hat ihren Preis, und die unserer Sicherheit auch, aber ich bin weder bereit, das eine, noch bin ich bereit, das andere aufzugeben. Beides zusammen trägt unser Land.

Ich bin überzeugt, wenn es eine Aufgabe gibt, die zu wichtig ist, als dass parteipolitische Interessen den Ausschlag geben dürfen, dann ist es genau diese Aufgabe.

Den vollständigen Text der Rede finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.cdu.de/doc/pdfc/100127-regierungserklaerung-merkel-afghanistan-strategie.pdf>